



STADT ETTLINGEN

A U S Z U G

aus der Niederschrift über die
öffentliche/~~nichtöffentliche~~ Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Ettlingen

am 28. September 1977

17.30 Uhr

im Rathaus Ettlingen

Anwesend: Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Vetter
Stadträte : 30

Abwesend: Stadtrat Disdorn	- entschuldigt
Stadtrat Gärtner	- entschuldigt
Stadtrat Haupt	- dienstl.verhindert
Stadträtin Rosendahl	- entschuldigt
Stadtrat Speck	- dienstl.verhindert
Stadtrat Wolfmüller	- krank

Ratsprotokoll Nr. 115

Verhandlungsgegenstand: Änderung des Bebauungsplanes "Wohnbebauung und Sozialzentrum" im Gewann "Kämmerle"

Beschluß: einstimmig, ohne Stadtrat Held

- A) 1. Es wird festgestellt, daß im Bebauungsplanverfahren "Wohnbebauung und Sozialzentrum - Änderung des Bebauungsplanes" von privater Seite vom Grundstückseigentümer Lgb.Nr. 6715, Mieter- und Bauverein Karlsruhe, Bedenken erhoben wurden.

Die Bedenken des Mieter- und Bauvereins gegen die Planänderung werden zurückgewiesen, den Anregungen wird nicht entsprochen.

2. Die Behörden und Stellen, die Träger öffentlicher Belange sind, wurden am Verfahren beteiligt.

Es liegen insgesamt 10 Stellungnahmen vor. Bedenken gegen die Planung wurden nicht erhoben. Den vor-

getragenen Anregungen kann entsprochen werden.

- B) Aufgrund der §§ 8, 9 und 10 des BBauG vom 23. Juni 1960 (BGBI. I S. 341) in der geänderten Fassung vom 28.08.76 (BGBI. I S. 2225 - 2227), der Verordnung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (Baunutzungsverordnung) vom 26. Juni 1962 (BGBI. I S. 429) in der Fassung vom 26. November 1968 (BGBI. I S. 1237), des § 1 der Zweiten Verordnung der Landesregierung zur Durchführung des BBauG vom 27. Juni 1961 (Ges.Bl. S. 208) und des § 4 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges.Bl.S. 129) in Verbindung mit § 111 der LBO für Baden-Württemberg vom 06. April 1964 (Ges. Bl.S. 151) in der Fassung vom 20. Juni 1972 (Ges.Bl.S. 5351) beschließt der Gemeinderat der Stadt Ettlingen folgende

S a t z u n g

über die Änderung des Bebauungsplanes
"Wohnbebauung und Sozialzentrum"
im Gewann "Kämmerle"

§ 1

Für den zwischen der B 3 (Lgb.Nr. 832/2) und der K 3543 (Lgb.Nr. 1063) südlich des Horbachs gelegenen Gemarkungsteil von Ettlingen wird ein

Bebauungsplan

nach Maßgabe des als Bestandteil dieser Satzung angeschlossenen Planes sowie der ebenfalls beigegebenen Anbauvorschriften und Begründung (zeichnerische und schriftliche Festsetzungen) aufgestellt.

§ 2

Der Bebauungsplan erstreckt sich über ein Teilgebiet des Gewanns "Kämmerle", das

<u>im Nord-Osten</u>	vom Horbachgraben (nordöstliche Grenze der Grundstücke Lgb.Nr. 6709 und 6722/5),
<u>im Nord-Westen</u>	von der südlichen Grenze des Grundstücks Lgb.Nr. 832/2 (B3)
<u>im Süd-Westen</u>	von der nordöstlichen Grenze des Grundstücks Lgb.Nr. 6747,
<u>im Süd-Osten</u>	von der nördlichen Grenze der Kreisstraße K 3543

begrenzt wird.

Im übrigen ergibt sich die genaue Abgrenzung des Plangebiets aus den zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes.

§ 3

Diese Satzung tritt gemäß § 12 BBauG mit ihrer Bekanntmachung in Kraft.

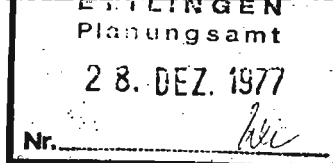
- - -

Ettlingen, 11. Oktober 1977



Für die Richtigkeit
vorstehenden Auszuges:

Bürgermeisteramt
Im Auftrag:



REGIERUNGSPRÄSIDIUM KARLSRUHE

Regierungspräsidium Karlsruhe · Postfach 5343 · 7500 Karlsruhe 1

Bürgermeisteramt

Marktplatz 2

7505 Ettlingen

Karlsruhe, den 15. Dezember 1977

Fernsprecher
Durchwahl (07 21) 135- 2956

Aktenzeichen: 13-24/0215/1
(Bitte bei Antwort angeben)

Betr.: Änderung des Bebauungsplans der Stadt Ettlingen
"Wohnbebauung und Sozialzentrum";
hier: Genehmigung nach §§ 11 BBauG, 111 Abs. 5 LBO

Bezug: Bericht vom 18. Oktober 1977

Anlg.: 2 Bebauungspläne
1 Heft Verfahrensakten
1 Doppelschrift

Die durch Beschluß des Gemeinderats der Stadt Ettlingenvom 28.9.77 gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossene Änderung des Bebauungsplans und die gleichzeitig vom Gemeinderat gemäß § 111 LBO als Satzung beschlossenen örtlichen Bauvorschriften für das oben genannte Gebiet werden nach § 11 Bundesbaugesetz i.d.F. vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2256) und § 111 Abs. 5 Satz 2 Landesbauordnung vom 20. Juni 1972 (Ges. Bl. S. 351) genehmigt.

Die Genehmigung wird mit folgenden Hinweisen verbunden:

1. Die Sondergebiete sind nach der besonderen - sich von den Baugebieten nach den §§ 2 bis 10 wesentlich unterscheidenden - Art ihrer Nutzung zu definieren und als Festsetzung in die Anbauvorschriften aufzunehmen.
2. Die in die Sondergebietsflächen eingeschriebenen, durch Planänderung aber überholten Angaben zur Zahl der Vollgeschosse (römische Zahlen) sind - um Verwechslungen auszuschließen - zu löschen.
3. Die in § 6 Abs. 4 und § 7 Abs. 5 vorgesehenen Bauvorschriften können nur als Hinweise gelten. Sollen Vorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen gem. § 111 LBO erlassen werden, müssen sie als eindeutige Regelungen definiert sein, die von vornherein und für jedermann verbindlich sind.
4. An den Einmündungen der Straßen A, B und C in die verlängerte Baptist-Göring-Straße sollten zur Erhöhung der Verkehrssicherheit "Sichtbereiche" ausgewiesen sein, innerhalb derer Pflanzungen, Einfriedigungen oder sonstige Sichtbehinderungen nur bis zu einer Höhe von max. 80 cm zulässig sind.

- 2 -

5. Die nach Mitteilung des Planungsamtes beabsichtigte Reduzierung der festgesetzten baulichen Nutzung - der Grundflächenzahl von 0,4 auf 0,25 und der Geschoßflächenzahl von 1,2 auf 0,7 - kommt einer erneuten Planänderung gleich und bedarf zu ihrem Vollzug noch eines satzungsändernden Beschlusses des Gemeinderats (vgl. § 13 BBauG).

Der Bebauungsplan besteht aus zeichnerischen bzw. schriftlichen Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 BBauG und § 111 LBO. Er genügt den Mindestanforderungen des § 30 BBauG. Dem Plan ist eine Begründung nach § 9 Abs. 8 BBauG beigelegt.

Der Bebauungsplan ist ortsüblich bekanntzumachen. Spätestens mit Wirksamwerden der Bekanntmachung ist der Bebauungsplan mit Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten; über ihren Inhalt ist auf Verlangen Auskunft zu geben. In der Bekanntmachung ist anzugeben, bei welcher Stelle der Plan während der Dienststunden eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung, die an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung tritt, wird der Bebauungsplan rechtsverbindlich (§§ 12 BBauG, 111 Abs. 5 Satz LBO). Den Vollzug der Bekanntmachung bitten wir uns nachzuweisen.

Auf §§ 44 c und 155a Satz 3 BBauG weisen wir hin.

Die Erhebung von Kosten durch uns unterbleibt nach § 5 Ziff. 7 des Landesgebührengesetzes vom 21. März 1961.

Eine Fertigung des Bebauungsplans, des Satzungsbeschlusses und der Begründung haben wir zu unseren Akten genommen.

Doppelschrift liegt bei.

gez. Jung



Beglaubigt
W. Jung
Angestellte

Mit der Bitte um	
Bearbeitung	
Stellungnahme	
Rücksprache	
Kenntnisnahme	
Wv. —	
Z. d. A.	
Unterschrift	
Datum: 28. DEZ. 1977	